

Visarte-Tagung „Von Kunst leben – aber wie?“

Samstag 27. Oktober 2018, Progr, Bern

Wir sind Kulturpolitik

Inputreferat von Irene Maag

Das Thema, wie man von Kunst leben kann, ist sehr breit. Ansprechen muss man den wirtschaftlichen und sozialen Status von Kunstschaffenden. Meines Wissens nach können nur rund 5% der Kunstschaffenden von ihrer Kunst und ihren Kunstprojekten leben. Zu verbessern gilt es die Rechte von Kunstschaffenden (z.B. Urheberrechte), die Vergütungen, die Kunstförderung, die Arbeitsmöglichkeiten und -felder, der Zugang zu Sozialversicherungen und anderen Sozialleistungen, die Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit usw. Einige dieser Themen tangiere ich in diesem Inputreferat, andere, wie z.B. Sozialversicherungen, lasse ich ganz weg.

Ich spreche hier aus der Perspektive der Künstlerin und des Visarte-Neumitglieds, und aus meiner Erfahrung als Co-Präsidentin, des kulturpolitisch aktiven Verband Kultur Baselland. Mein Inputreferat sehe ich als Anregung zum gemeinsamen Austausch und für das Zusammentragen von kollektivem Wissen.

Ich möchte mit Beispielen auf drei Anliegen zu sprechen kommen. Es sind Bereiche, in welchen ich selber aktiv bin, oder bei welchen sich eine Problemstellung zeigt, und ich jeweils ein bis zwei Gedanken oder Lösungsansätze nennen möchte:

- 1) Mehr Geld oder mehr Experiment
- 2) Die Zeichen stehen auf Politik. Die Situation in der Schweiz, in Baselland und ein Beispiel aus Deutschland
- 3) Wir alle können etwas tun – zwei Erfolgserlebnisse

1) Mehr Geld oder mehr Experiment

Beim ersten Anliegen geht es mir um eine deutlichere Unterscheidung zwischen professionell (im Sinne von bezahlt) und experimentell.

In der Visarte Region Basel haben wir anlässlich der Ausstellung *Entrée & Hommage* im eigenen Ausstellungsraum M54 diskutiert, ob und wie es möglich wäre, die Visarte-Leitlinie zur *Vergütung von Leistungen bildender Künstler*innen* Visarte *intern* umzusetzen und damit als gutes Beispiel voranzugehen. Während generell bei Ausstellungen und Projekten viele Arbeiten bezahlt sind – wie z.B. Aufsicht oder die Herstellung der Einladungskarte – bleiben die künstlerische Arbeit und weitere Leistungen von Kunstschaffenden un- oder unterbezahlt. Die Verheissung, dass man Werke verkaufen kann, schwindet generell je länger je mehr. Zum einen sind die Kunstformen heutzutage diverser, z.B. ortsspezifischer und vergänglicher und deshalb für den Markt sperriger. Zum anderen schwinden die Einkaufsetats der Kantone für Kunst sowie das Mäzenatentum für die freie Szene.

Eine Lösung ist, mehr Geld zu generieren für Ausstellungen und Kunstprojekte, was mit Arbeit verbunden und nicht immer einfach oder erfolgsversprechend ist. Die Veranstalter*innen und Kurator*innen stehen meiner Meinung nach in der Pflicht. Dieses Pflichtbewusstsein hat sich meiner Einschätzung nach in letzter Zeit jedoch verwässert. Die Kunstschaffenden kommen ja oft auch gratis. Ich finde es allerdings gut, wenn Künstler*innen ihr professionelles Schaffen (wir sind ja

ausgebildet oder haben jahrelange Erfahrung) auch professionell bezahlt haben wollen. Es gilt also Fundraising-Arbeit zu leisten. Sofern die Künstler*innen diese Arbeit übernehmen oder sofern es Veranstalter*innen und Kunstschafter*innen gemeinsam machen, gilt zu klären, wer wieviel Erfolgsbeteiligung zu Gute hat. Hier könnte Visarte Hand bieten und Leitfäden, Musterbeispiele oder -Verträge zur Verfügung stellen.

Falls es nicht gelingt genügend Finanzen zu generieren für eine Ausstellung oder ein Kunstprojekt, brauchen wir wenigstens mehr Experiment, Wagnis und Diskussion. Die nackten Fakten und Zahlen sollen auf den Tisch kommen, es soll diskutiert und der persönliche Ressourcen-Abgleich gemacht werden. Wie wenig Geld ist vorhanden? Wie und wofür soll das wenige Geld verwendet werden? Packt mich das Projekt so, dass ich gerne meine Freizeit dafür hergebe? Kann ich in diesem Rahmen etwas Prekäres ausprobieren, was auch scheitern dürfte? Gibt es sonstige gute Gründe, warum ich es machen möchte? Bzw. um es mit den Argumenten der Initiative *art but fair* zu sagen: Liegen einzigartige künstlerische, freundschaftliche oder wohltätige Gründe vor? Ich plädiere im Fall von geringen finanziellen Ressourcen auch dafür, das Vorhaben zu vereinfachen. Man kann mit dem Projekt vielleicht auch zuwarten bis tatsächlich genügend Gelder vorhanden sind, oder auch mal ein Projekt weniger machen. Was nicht sein sollte ist, dass man mit ungenügender Finanzierung die Projekte genau gleich realisiert, als wären sie bezahlt. Zur Überprüfung, ob die Bedingungen gegeben sind, kann man auch nach den Grundsätzen von *art but fair* gehen und die dortige Selbstverpflichtung für Kunstschafter*innen unterzeichnen.¹

PANCH, das Performance-Kunst Netzwerk Schweiz, hat in seiner Empfehlung zum Honorar für Performancekunst folgenden Satz drin:

„Experimentelle, ausserinstitutionelle Orte, die ohne oder mit geringen Fördergeldern auskommen, sollen sich in Absprache mit den Künstler*innen und im Rahmen ihrer Möglichkeiten um ein angemessenes Honorar bemühen.“²

Zu diskutieren wäre, ob man einen solchen Satz in der Leitlinie von Visarte noch ergänzen möchte, um etwas näher an der Realität zu bleiben.

2) Die Zeichen stehen auf Politik

Die Situation in der Schweiz, in Baselland und ein Beispiel aus Deutschland

Zur Problemlage in der Schweiz:

Die Zahl der professionell ausgebildeten Kunstschafter*innen nimmt dank der zahlreicheren Ausbildungen an den Hochschulen zu – und damit bei aller Freundschaftlichkeit auch die Konkurrenz untereinander. Was bedeutet, dass die vorhandenen Kunstfördergelder auf mehr Personen verteilt werden, oder dass man seltener begünstigt wird.

Erschwerend wirkt, dass die Lebenskosten stetig steigen, sich die finanzielle Lage der Kunstschafter*innen hingegen in die entgegengesetzte Richtung bewegt. In vielen Kantonen wurden in letzter Zeit die Kulturbudgets schmerzhaft abgebaut. Einige Kantone haben nicht einmal mehr ein eigenes Kulturbudget sondern lediglich den Swisslosfonds. (So dient wohl das gekürzte Kultur-

¹ art but fair Selbstverpflichtung:
<http://selbstverpflichtung.artbutfair.org/wp-content/uploads/2014/07/Selbstverpflichtung11.pdf>

² Performance Art Netzwerk CH (PANCH), Honorarempfehlung Performancekunst:
http://www.panch.li/wordpress/wp-content/uploads/2018/01/Honorarblatt_Panch_180117.pdf

budget der anderen Kantone als Quervergleich und Rechtfertigung für den Abbau im eigenen Kanton.) Für Künstler*innen spielt es also eine Rolle, in welchem Kanton sie leben und arbeiten.

Für Künstlerinnen ist zusätzlich frustrierend, dass in unserem Metier Gleichberechtigung und Chancengleichheit noch nicht erreicht sind. Aktuelles Beispiel aus Basel: Der *Jardin des Planets*, zu welchem Klaus Littmann ein Dutzend Künstler eingeladen hat einen Planeten zu gestalten. Der tägliche Spagat von Geldjob, Kunst und gegebenenfalls Familie kennen alle Künstlerinnen und Künstler mit Betonung auf Künstlerinnen.

Die Situation für die Kunst- und Kulturschaffenden hat sich in den letzten paar Jahren meiner Einschätzung nach eher verschlechtert und entsprechend zugespitzt. Es ist deshalb bezeichnend, dass sich mehr und mehr Kulturschaffende politisch zu engagieren beginnen, und dass in den letzten vier Jahren immer mehr Kulturlobbys gegründet wurden: 2014 Pro Kultur Olten, 2016 Verband Kultur Baselland, 2017 Kulturkanton Graubünden, 2018 Pro Kultur Kanton Zürich. In Luzern wurde 2017 mit vielen kulturellen Interventionen protestiert, u.a. mit einem Aktionstag und einer performativen Landsgemeinde, deren Wirkung auch über die Luzerner Kantonsgrenzen hinausstrahlte. Die IG Kultur Luzern gibt es übrigens schon seit 1977! Als Mitbegründerin des Verband Kultur Baselland finde ich, dass genau das zu tun ist: politischer werden, dafür sorgen, dass Kultur auf die politische Agenda kommt – schliesslich haben Bund, Kantone und Gemeinden den Auftrag Kunst zu fördern.

Den Schweizer Kulturlobbys gemeinsam ist, dass sie sich *spartenübergreifend* für Kultur stark machen. Aber auch Visarte als Berufsverband soll sich lautstark politisch einmischen. Da ich die Situation in Baselland gut kenne, möchte ich sie als Beispiel ausführen. Hier besteht grosser Bedarf an einer kulturpolitisch aktiven Visarte:

In Baselland ist der Bereich Bildende Kunst besonders stark von den Sparmassnahmen betroffen, da im Gegensatz zu allen anderen Sparten keine bikantonale Vereinbarung BL/BS die Errungenschaften schützt. Im Jahr 2016 wurde begonnen, die kantonale Kulturförderung um schlussendlich 755'000 CHF jährlich abzubauen³. Die Einsparungen, von welchen die Bildende Kunst betroffen ist, machen mehr als einen Drittel davon aus: Kunstkredit -90'000 CHF, Ernte-Ausstellung -40'000 CHF, Atelier Mondial -120'000 CHF, Gastspiele/Tourneen -70'000 CHF (davon 35'000 CHF Bildende Kunst) = Total 285'000 CHF. Ankäufe von Kunst Baselbieter Künstler*innen wurden 2016 sistiert und 2017 wieder mit zwei Ankäufen pro Jahr aufgenommen. Damit wird eine Förder- und Sammlungstradition, die seit 1930 gepflegt wird, gefährdet.

Ganz neu gab es erfreuliche Nachrichten der Regierungen BL/BS zur Kulturpartnerschaft: Ab 2022 bleibt die Abgeltung des Kantons Basel-Landschaft an den Kanton Basel Stadt für kulturelle Zentrumsleistungen fast gleich hoch wie bisher. Ursprünglich sollte die Abgeltung von rund 10 auf 5 Mio. reduziert werden. Das Bestehen der Institutionen ist gesichert und die Zuständigkeiten sind entflochten. Zudem beteiligt sich Baselland in Zukunft in gleicher Höhe wie Basel an den Fachausschüssen. Dies bedeutet, dass den bikantonale getragenen Fachausschüssen Tanz & Theater, Musik, Literatur, Film & Medienkunst jährlich 410'000 CHF mehr zur Verfügung stehen werden. Voraussetzung dafür ist, dass die Parlamente – und später allenfalls das Volk – der Vorlage zustimmen werden. Dass die bildende Kunst dann als einziger Bereich mit rigorosen Einsparungen dastehen würde, während die anderen Bereiche aufgestockt werden, kann nicht sein. Jetzt und in der

³ Siehe Aufgaben- und Finanzplan des Kantons Basel-Landschaft 2017-2020, S. 284

kommenden Vernehmlassung zur Kulturförderung in Baselland ist der richtige Zeitpunkt für den Berufsverband Visarte, um gemeinsam mit dem Verband Kultur Baselland Forderungen zu stellen:

Die Sparmassnahmen sind rückgängig zu machen, und es sollen Investitionen in die Infrastruktur gemacht werden. Ebenfalls sollen wir angemessene Künstler*innen-Honorare als Bedingung für öffentliche Förderung, verbindliche Ausstellungs- und Performance-Honorare, Werkbeiträge als Laufbahnförderung, mehrjährige Förderverträge für grössere Planungssicherheit, subventionierte Ateliers in Baselland, Kunst & Kind Fördergefässe, Chancengleichheits- und Geschlechtergerechtigkeits-Monitoring, sowie Kunst & Bau-Aufträge und -Wettbewerbe (diese sind in der Bau- und Umweltschutzdirektion angesiedelt) einfördern⁴. Den Anspruch, dass der Bereich Bildende Kunst substanziell aufgestockt werden muss, hat der Verband Kultur Baselland schon kommuniziert. Gespannt warten wir deshalb auf die Landratsvorlage zur von der Regierung geäusserten Absicht eines verstärkten Engagements in Sachen Kulturförderung im Kanton Basellandschaft.

In Deutschland ist man übrigens punkto Ausstellungsvergütung weiter als in der Schweiz: Der Berufsverband bildender Künstler*innen bbk berlin konnte nach jahrzehntelanger entsprechender Forderung höhere Ausstellungshonorare für Bildende Künstler*innen in Berlin erwirken:

Aus der Pressemitteilung des bbk berlin⁵:

„Seit Januar 2018 erhalten ausnahmslos alle Künstler*innen, die in den Kommunalen Galerien Berlins künstlerisch tätig werden oder in einer vom Land Berlin geförderten Ausstellung teilnehmen, ein deutlich erhöhtes Ausstellungshonorar:

- Einzelausstellung (1–2 Künstler*innen): min. € 1.500 / Künstler*in
- Kleingruppenausstellung (3–9 Künstler*innen): min. € 500 / Künstler*in
- Gruppenausstellung (ab 10 Künstler*innen): min. € 250 / Künstler*in

Die ansässigen Kunstvereine in Berlin: [...] sowie die Berlinische Galerie haben sich selbstverpflichtend dieser Regelung angeschlossen. [...]

Der bbk berlin konnte die Kommunalen Galerien als Partner in diesem politischen Überzeugungskampf gewinnen und mit ihnen gemeinsam den Senat überzeugen, in Berlin als erstes Bundesland Ausstellungshonorare einzuführen. [...] Das kulturelle Erlebnis durch Kunstaustellungen, Performances und Aktionen ist kein Gratisversprechen mehr auf dem Rücken der Künstler*innen in dieser Stadt.“

Ein Antrag der Linken zur Verankerung der Ausstellungsvergütung im Urheber*innenrecht wurde im April 2017 sogar im Bundestag, also landesweit debattiert. Die Linken konstatierten in „ihrem Antrag, dass es Aufgabe der Politik sei, günstige Rahmenbedingungen für Künstler*innen zu schaffen. Kreative profitierten üblicherweise davon, dass das Urheber*innenrecht Vergütungen für die öffentliche Nutzung und Verwertung ihrer Werke vorschreibe, nur für die bildende Kunst gelte dies nicht. Diese strukturelle Ungerechtigkeit müsse beseitigt werden.“⁶ Im Juni 2017 wurde der Antrag jedoch vom Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages abgelehnt.

⁴ Siehe auch Forderungen der IG Bildende Kunst Österreich: Pay the artist now!
http://www.igbildendekunst.at/fileadmin/user_upload/IGBK_Dateien/igbk_online/politik/brennpunkte/schwarzblau/2018_0110_pk_kunstkultur_gegenswarzblau_igbildendekunst.pdf

⁵ <http://www.art-in-berlin.de/incbmeld.php?id=4561>

⁶ Deutscher Bundestag, Drucksache 18/12910 vom 26.6.17:
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss).

3) Wir alle können etwas tun – zwei Erfolgserlebnisse

Zu guter Letzt möchte ich von zwei Erfolgserlebnissen erzählen als Beispiele, dass wir alle da und dort etwas beisteuern können um die Situation für Kunstschaffende zu verbessern. Das eine betrifft eine Vergünstigung für Kunstschaffende, das andere ist ein Beispiel, wie es gelang einen Auftrag für ein*e Künstler*in zu generieren:

Vielleicht konntet ihr dieses Jahr auch vom Gratiseintritt an die Art Basel profitieren mit dem Visarte-Ausweis. Das zu erreichen gelang, indem ich Enrico Luisoni, Präsident von Visarte Region Basel, den Kontakt zur entscheidungsberechtigten Person vermitteln konnte und diese erfreulicherweise zugesagt hat! Es besteht eine gute Chance, dass in Zukunft, nach vorgängiger Anmeldung via Visarte, ein einmaliger Gratiseintritt an die Art Basel weiterhin möglich sein wird. Von solchen kleinen Vergünstigungen hat man zwar noch nicht gelebt, solches stärkt aber die Attraktivität bei Visarte dabei zu sein und spielt für unsereins dennoch eine Rolle im persönlichen Budget.

Das andere Erfolgserlebnis:

Wo ich wohne, wird auf einer Wiese eine Quartierplanüberbauung mit hoher Ausnutzungsziffer gebaut. Uns Nachbar*innen störte die Überbauung einer der letzten Wiesen generell, die Höhe der geplanten Bauten und das zusätzliche Verkehrsaufkommen. Wir machten ein Referendum und gewannen es. Das hatte zur Folge, dass wir von da an mitreden konnten und unsere Wünsche am gemeinsamen Tisch mit dem Investor / den Architekten und der Gemeinde an fünf Sitzungen einbringen konnten. In diesem Zuge gelang es mir, mich für Kunst & Bau stark zu machen, so dass jetzt der obligate Infrastrukturbeitrag des Investors anstelle eines zusätzlichen einstöckigen Gebäudes ein Wettbewerb/Studienauftrag für Kunst und Landschaftsarchitektur ist. Ich freue mich, dass nicht alles Geld in Bauten, sondern wenigstens ein kleiner Teil davon auch in die Kunst fließt, und ich freue mich sehr, dass Kunst ins Quartier kommen wird und dass ein*e Künstler*in die Gelegenheit bekommen wird, ein Werk zu verwirklichen.

Fazit

Damit wir gut und langjährig ausgebildeten und aktiven Künstler*innen wenigstens annähernd von Kunst leben können, brauchen wir eine würdige Kulturförderung, vergütete Ausstellungen und Performances, einen lebendigen Kunstmarkt, Aufträge, Vergünstigungen, Preise und Auszeichnungen, Mäzenatentum und Stipendien. Solche Errungenschaften muss man sich politisch erkämpfen und sie verteidigen. Holt euch die notwendigen Mittel zur Realisierung von Ausstellungen und Projekten. Wir leben in einer nach wie vor reichen Schweiz. Das muss möglich sein. Lasst uns in der Schweiz eine Vorreiter*innenposition einnehmen betreffend Status von und Umgang mit Kunstschaffenden und zu Deutschland aufholen mit den Ausstellungsvergütungen. Um alles kurz und bündig zusammenzufassen: Seid und werdet politisch. Wir können etwas erreichen. Jede und jeder einzelne von uns und gemeinsam sowieso.

Irene Maag, Oktober 2018

Weiterer Link zum Thema

Kreative Arbeit: Zahlen, bitte!

Niemand verhandelt schlechter als Kreative. Wo andere selbstverständlich kassieren, freuen sie sich über ein bisschen Ruhm. Kapitalisiert euch, fordert Sibylle Hamann.

<http://www.zeit.de/2018/06/kreative-arbeit-honorar-schnorrer-einkommen?page=6#!top-of-overscroll>